



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule und Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 10.06.2009

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule und Kultur  
am Donnerstag, 18. Juni 2009, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. **09-A-05-0001**

Genehmigung der Niederschrift

Bereich Schule:

2. **09-A-05-0002**

Sachstand Martin-Niemöller-Schule

3. **09-F-25-0056**

Brückenschule

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 25.05.2009-

Die Brückenschule unterrichtet seit 1985 kranke Kinder und Jugendliche ohne geeignete Räumlichkeiten zu haben. Es fehlt der Platz für Einzelunterricht und für Beratungsgespräche. Es gibt keine Turnhalle, keine Fachräume und keinen Aufzug für Rollstuhlfahrer/innen. Um Abhilfe

zu schaffen gründeten fünf Wiesbadener Unternehmen Ende letzten Jahres die „Stiftung Brückenschule“.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Stiftung Brückenschule bislang nennenswerte Mittel für den Ausbau der Brückenschule einwerben konnte.
2. ob er Möglichkeiten sieht, die Stiftung noch intensiver als bisher zu unterstützen und zu fördern, damit die Brückenschule sobald wie möglich geeignete Unterrichtsräume erhält.

#### **4. 09-F-01-0050**

Umsetzung der Maßnahmen aus der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung an fünf Wiesbadener Schulen  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.06.2009-

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 13. März 2008 fünf Schulen, an denen dringende bauliche Maßnahmen zeitnah umzusetzen seien, für eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ausgewählt (08-V-40-0001). Dies waren die August-Hermann-Francke Schule, Johannes-Maaß-Schule, Albert-Schweitzer-Schule, Freiherr-vom-Stein-Schule und die Friedrich-Ebert-Schule. Im Herbst 2008 legte die ARCADIS HOMOLA AG ihr Gutachten vor, in dem für die Freiherr-vom-Stein-Schule eine Sanierung, für die Albert-Schweitzer-Schule eine „Mischlösung“ in Form von Neubau und Sanierung und für die übrigen Schulen ein Neubau vorgeschlagen wurde. Nachdem diese Schulen nicht für das Konjunkturprogramm II angemeldet wurden, sind die dringenden baulichen Maßnahmen nun bei der Aufstellung des Haushalts 2010/2011 zu berücksichtigen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten, vor den Haushaltsberatungen zu berichten, welche Maßnahmen für die oben genannten fünf Schulen geplant sind und einen entsprechenden Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

Bei der Planaufstellung sollten auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, Fördermittel des Bundes und des Landes sowie des Hessischen Investitionsfonds der KfW zu erhalten.

#### **5. 09-F-01-0021**

Selbstständige Schule  
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2009

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0064 vom 30.04.2009**

#### **6. 09-F-25-0044**

Gemeinsamer Unterricht  
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.04.2009-

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0059 vom 30.04.2009**

**7. 09-F-25-0045**

Mit dem Rad zur Schule

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20. April 2009-

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0061 vom 30.04.2009**

**8. 09-F-06-0017**

Belastung von Schulhofdecken mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK)

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 22.04.2009-

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0058 vom 30.04.2009**

**Bereich Kultur:**

**9. 09-F-01-0055**

Haus der Geschichte

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2009-

Dem Land Hessen fehlt bisher ein zentraler Ort, der ähnlich dem Haus der deutschen Geschichte in Bonn die Entwicklung Hessens seit Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg mit Exponaten und Dokumenten erfahrbar macht. Der Beirat für geschichtliche Landeskunde hat daher anlässlich des 60. Landesjubiläums 2005 in einem Initiativantrag die Schaffung eines "Hauses der Geschichte" angeregt. Häuser der Geschichte existieren bereits in anderen Bundesländern mit unterschiedlichen Ansätzen: z.B. das "Haus der Bayerischen Geschichte", das "Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte" oder das "Haus der Geschichte Baden-Württemberg".

Ein Internetangebot bieten insbesondere das Deutsche Historische Museum Berlin und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn mit LeMo (Lebendiges Virtuelles Museum Online), das die deutsche Geschichte vom Kaiserreich bis zur Gegenwart thematisiert. Für die Hessische Landesregierung, die dieses Projekt befürwortet ist bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden. Laut dieser Machbarkeitsstudie des Marburger Historikers Prof. Eckart Conze wird der Raumbedarf für das Haus der Geschichte mit 5.600 qm beziffert.

Der Hessische Ministerpräsident hat in seiner jüngsten Regierungserklärung das bereits in der letzten Legislaturperiode angekündigte Projekt erneut hervorgehoben: „Wir werden dem Landtag darüber hinaus auch ein „Haus der Geschichte Hessens“ vorschlagen, welches ähnlich dem Haus der deutschen Geschichte in Bonn die Entwicklung unseres Landes seit Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg mit eindrucksvollen Exponaten und Dokumenten erlebbar machen könnte.“

**Der Ausschuss möge beschließen:**

1. Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche mit der Landesregierung über die Einrichtung eines „Hauses der Geschichte des Landes Hessen“ in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufzunehmen.
2. Der Magistrat wird gebeten in diesen Gesprächen darauf hinzuwirken, dass dieses Museum nicht bloß als virtuelle Internetpräsenz, sondern als ein reales „Haus der Geschichte“ geplant und entwickelt wird.
3. Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt Flächen für ein solches Haus der Geschichte auszuweisen. Priorität sollte der Bereich Wilhelmstraße/Rheinstraße besitzen, um zusammen

mit dem bestehenden Landes- und dem in Entstehung befindlichen Stadtmuseum eine Wiesbadener 'Museumszeile' entstehen zu lassen.

## 10. 09-F-01-0052

Zug der Erinnerung

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2009-

In vier Aufenthaltstagen vom 24.05.-27.05.2009 ist der "Zug der Erinnerung" von rund **2.600 Personen** auf Gleis 5 des Wiesbadener Hauptbahnhofs aufgesucht worden, um den von den Nazis deportierten Kindern und Jugendlichen zu gedenken.

Unter den Besuchern waren viele Schulklassen, die meist angemeldet, teilweise auch spontan kamen und etwa 15-minütige Einweisungen durch die pädagogischen Zugbegleiter erhielten, bevor sie durch die Ausstellung gingen. Nach Darstellung des ‚Zuges der Erinnerung e. V.‘ kamen u. a.:

- 25 Schüler der 8. Klasse der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule,
- 35 Schüler aus 2 Klassen der Luise-Schröder-Schule,
- 25 Schüler der Wolfram-von-Eschenbach Schule,
- 15 Schüler der Gutenbergschule
- 30 Schüler der 10. Klasse einer der drei Realschulen (die nicht näher bezeichnet wurde),
- 25 Schüler aus 2 Klassen der Kerschensteiner Schule,
- 20 Schüler der 9. Klasse und weitere 45 Schüler aus 2 Klassen des Gymnasiums am Mosbacher Berg,
- 80 Schüler aus 3 Klassen des Jahrgangs 12 der Rheingauschule Geisenheim,
- 30 Schüler aus 3 Klassen der Berufsschule Bad Schwalbach,
- je 25 Schüler aus der 7. und der 8. Klasse Europa-Schule Taunusstein,
- 32 Schüler aus 2 Klassen der Humboldt-Schule Wiesbaden,
- auch eine Gruppe der NaturFreunde Wiesbaden e.V.

Der Kostenaufwand beträgt nach Angaben des ‚Zuges der Erinnerung e. V.‘ insgesamt 16.000 € (4 000 € pro Tag). Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass sich die Deutsche Bahn AG nicht an den Kosten beteiligt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, in welchem Umfang dem Zug der Erinnerung e.V. zu seinem Aufwand ein Zuschuss aus städtischen Mitteln gewährt werden kann.

## 11. 09-F-01-0053

Sammlung Nassauischer Altertümer

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.06.2009-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob die Gespräche zwischen dem Land Hessen und der Landeshauptstadt Wiesbaden bezüglich der Übergabe der Sammlung Nassauischer Altertümer (SNA) noch andauern oder ob zwischenzeitlich eine verbindliche vertragliche Abmachung getroffen wurde;
2. ob vorgesehen ist, dass die SNA als Einheit behandelt wird, oder ob Teile der Sammlung ausgliedert bzw. als Dauerleihgaben (ggf. an wen?) abgegeben werden;

3. ob die LH Wiesbaden (schon jetzt) genügend Depotfläche bereit stellen kann, um die gesamte SNA zu übernehmen und aus diesem Bestand die Ausstellung im zukünftigen Stadtmuseum zu beschicken;
4. sofern die Abmachung noch nicht unterzeichnet ist, wann mit dem Abschluss zu rechnen ist.

**12. 09-V-41-0012**

**DL 17/09-4**

Glaskunstfenster in der Villa Clementine

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0180 der Stadtverordnetenversammlung vom 14.05.2009 (Benennung von zwei Jurymitgliedern)**

**13. 09-F-25-0038**

Archivierung digitaler Unterlagen  
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.04.2009-

**ANLAGE: Beschluss Nr. 0048 vom 30.04.2009**

**14. Verschiedenes**

### **Tagesordnung II**

**1. 09-V-40-0401**

**DL 18/09-5**

GS Bierstadt - Erweiterung - Ausführungsvorlage

**2. 09-V-40-0406**

**DL 18/09-6**

Soko 44+ Gutenbergschule; Erweiterung der Mensa

**3. 09-V-41-0002**

**DL 19/09-2**

Gestaltung des authentischen Ortes der ehemaligen Schlachthoframpe

**4. 07-V-51-0027**

**ANLAGE**

Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule

#### **Genehmigung von weiteren Maßnahmen**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nehrbaß  
Vorsitzender